

Antrag
der Fraktion der SPD

Vertrag über die polnische Westgrenze

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag tritt für die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der polnischen Westgrenze ein, wie sie im Görlitzer Vertrag zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen sowie im Warschauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen beschrieben ist. Das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, dem Vorschlag des polnischen Außenministers entsprechend, gemeinsam mit der Regierung der DDR einen Grenzvertrag über den jetzt bestehenden Grenzverlauf mit der Republik Polen zu paraphieren. Dieser Vertrag soll nach der Vereinigung von der deutschen Regierung unterschrieben und vom Parlament ratifiziert werden.

Bonn, den 23. April 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Der Deutsche Bundestag hat am 8. November 1989 beschlossen, das polnische Volk solle wissen, „daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird“. Die Volkskammer der DDR hat am 12. April 1990 eine Erklärung verabschiedet, die wie die Koalitionsvereinbarung und die Regierungserklärung von DDR-Ministerpräsident de Maiziere den gleichen Gedanken enthält.

Mit dem vorliegenden Antrag, der gleichlautend auch von der SPD der DDR in die Beratungen der Volkskammer eingebracht wird, wird entsprechendes Regierungshandeln gefordert. Der

Deutscher Bundestag bezieht sich dabei auf einen auch in der Ostberliner Koalitionsvereinbarung aufgegriffenen Vorschlag des polnischen Außenministers, der den Einwand, daß nur ein vereintes Deutschland endgültig die polnische Westgrenze anerkennen könne, berücksichtigt.

Das im Antrag vorgeschlagene Verfahren gibt Polen die gewünschte Sicherheit und trägt damit zur gesamteuropäischen Einbindung des deutschen Vereinigungsprozesses bei.